

gutes Stück vaterländischer Arbeit zu leisten und noch ein ist es, was mich bei dieser Arbeit mit einer gewissen Freude erfüllt, nämlich die Erinnerung daran, daß die Gegner dieses Entwurfs ihn wohl bekämpft, aber mit ritterlichen Waffen bekämpft und dem Besieger den Gehörten aufzuweisen, nicht Schwärzereien in den Weg gelegt haben. (Beifall.)

Abg. Korfant (Volk): Rechnen wir die Vorteile, die die Vorlage bringt, gegen die Nachteile auf, so bleibt für uns immerhin ein Rest von Vorteilen übrig, ganz besonders bezüglich der Landfrankheiten. Gätten wir die entscheidende Stimme, dann würden wir ohne Rücksicht gegen das Gesetz stimmen und unsere Forderung auf den nächsten Reichstag legen. Wie die Dinge liegen, werden wir uns der Stimme enthalten.

Abg. Becker-Asnberg (S.): Bei diesem Gesetzentwurf waren die Kompromisse nicht als bei anderen eine Notwendigkeit. Ein Kompromiß mit den Sozialdemokraten war nicht möglich, da sie unter allen Umständen das Gesetz ablehnen wollten. Auch mit der Fortschrittlichen Volkspartei war es nicht möglich. Praktische Sozialpolitik ist mit ihr noch niemals zu treiben gewesen. (Chor.) Sehr richtig in der Mitte.) Die Folge des Bestehens dieser Partei wird sein, daß sie bei den nächsten Wahlen mit den Sozialdemokraten in einen Topf geworfen wird. Wir werden uns von der Politik des Reichstages nicht abbringen lassen, weil wir der Überzeugung sind, daß wir auf der sozialen Seite Sprosse für Sprosse emporkommen werden zur sozialen, sittlichen und gesellschaftlichen Hebung der Arbeiterklasse. (Beifall.)

Abg. Dr. Mugdan (fortsch. Sp.): Es ist ja offenbar, daß dieses Gesetz einzig und allein nach dem Wunsch der Konservativen zustande gekommen ist. Das Zentrum hat nur diesen nachgegeben. Selbst die Freunde des Gesetzes haben es nicht gewagt, es als etwas Befriedigendes zu bezeichnen. (Beifall links.)

Abg. Mollenhauer (S.): Solange ich im Reichstag bin, ist es niemals vorgekommen, daß eine Kommission unter Ausschluß einer Anzahl von Parteien eine Sonderkommission bildet, deren Aufgabe dann, ohne daß sie in der Hauptkommission begründet wurden, angenommen wurden. Das Gesetz soll doch ein Gesetz für Arbeiter sein, aber es ist so unübersichtlich, so unklar, wie kann je ein Gesetz gegeben sein.

Damit schloß die Generaldiskussion.
Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Reichsversicherungsordnung und Einführungsgesetz dazu, Handelsvertrag mit Schweden, Handelsabkommen mit Japan, Antrag auf Vertagung des Reichstages.)
Schluß 7 Uhr.

* Die Reichstagskommission für das Schiffahrtsabgabengesetz trat am Sonnabend zur letzten Sitzung vor der Vertagung zusammen. — Staatssekretär Dr. Delbrück, der in Begleitung des Unterstaatssekretärs Wahnschaffe erschienen war, teilte mit, es sei der Wunsch des Reichskanzlers, daß die Arbeiten der Kommission so gefördert würden, daß der Gesetzentwurf bei dem Wiederzusammentritt des Reichstages im Plenum zur Verhandlung kommen könne. Aus der Kommission heraus wurden Voten geltend gemacht namentlich mit Rücksicht darauf, daß die Forderung des Berichtes, der doch voraussichtlich sehr umfangreich werden würde, einige Zeit in Anspruch nehmen werde. Innerhalb der ersten vierzehn Tage nach dem Zusammentritt des Reichstages werde daher die Vorlage nicht im Plenum verhandelt werden können. Man einigte sich schließlich dahin, daß die Sache nach Möglichkeit gefördert werden solle, so daß der Bericht in den ersten Tagen nach Zusammentritt des Reichstages fertiggestellt werden wird. — Die Kommission beschloß dann mit Rücksicht auf die Arbeiten des Plenums, die noch wichtige Beratungen und Abstimmungen bringen werden, die Sitzungen zu vertagen und entweder am 10. oder 11. Oktober die Beratungen wieder aufzunehmen. Es wurde gebeten, die zur zweiten Lesung vorgesehenen Anträge rechtzeitig in die Hände der Mitglieder gelangen zu lassen, damit die Arbeiten der Kommission einen glatten Verlauf nehmen und in wenigen Sitzungen beendet werden können.

Der Bericht über die erste Lesung wird den Mitgliedern schon in der nächsten Zeit zugehen.

Der Entwurf einer neuen Eisenbahnanordnung.

Vom Reichsfinanzamt ist der Entwurf einer neuen Eisenbahnanordnung ausgearbeitet worden, der zurzeit den Bundesregierungen zur Auserlegung vorliegt.

Bei Aufstellung des Entwurfs, der im wesentlichen eine Umgestaltung des geltenden Eisenbahnregulatives bildet, ist auf Vereinfachung und übersichtlichere Gruppierung der Bestimmungen sowie auf eine Anpassung an die heutigen Verkehrsverhältnisse in weitestgehendem Maße Bedacht genommen. Dabei hat eine Reihe der aus Handelskreisen und von den Eisenbahnverwaltungen geäußerten Wünsche auf Zulassung von Erleichterungen Berücksichtigung gefunden. So soll, wie die „Neue politische Correspondenz“ mitteilen kann, im Verkehr der Staatsbahnen von dem gesamtstaatlichen Verkehrsverhältnisse der zur einseitigen Niederlegung verpflichteter Güter dienenden Räume Abstand genommen werden, eine Regelung, durch die nebenbei bemerkt, auch dem allen Streite, ob die Haftung für die in den Zollschuppen niedergelegenen Güter der Zoll- oder der Eisenbahnverwaltung obliegt, der Boden entzogen werden wird. Zur Vereinfachung der Abfertigung und des Wagnislaufes soll, wo das Bedürfnis dafür hervortritt, die Anlegung und Abnahme des gesamtstaatlichen Raumverhältnisses, ferner die Überwachung der Beladung, Umladung und Umladung verpflichteter Güter und die Überwachung und Befreiung des Ausganges von Raumverhältnissen durch Staatsbahnenbeamte sowie die Übernahme des eisenbahnrechtlichen auf der Gleisstraße ermittelten Gewichtes für die Zollabfertigung zugelassen werden. Auch wird die Gewichtermittlung auf der Gleisstraße an sich in erweitertem Maße gestattet. — Der besseren Ausnutzung des Laderaumes und damit der Verbilligung der Frachtkosten soll die Festsetzung der Zulassung von Gütern des freien Verkehrs zu Raumverhältnissen und die Zulassung der Abfertigung im Begleitverkehr auch von Zollämtern im Innern dienen. Eine wesentliche Vereinfachung wird die Bereinigung des bisherigen Abgabeverzeichnisses und Begleitzettels zu einem einzigen Begleitpapier bilden, das zugleich bei der weiteren Abfertigung als Warenklärung benutzt werden kann, sowie der Fortfall der Bescheinigung der dem Zugführer übergebenen Begleitpapiere, Frachtbüchse und Schließel. Der bisherige Verkehr der Wagen mit Zollschloßern soll in der Regel durch Kleinschloß ersetzt werden. — Einem besonders dringenden Wunsch der Handelsvertretungen wie der Eisenbahnverwaltungen wird mit dem Vorschlag entsprochen, von der Anlegung des Güterverhältnisses bei nicht speziell revidierten Begleitpapiere Abstand zu nehmen.

Alle diese im Entwurf vorgeschlagenen Erleichterungen gegenüber dem bisherigen Verfahren, von denen einige bereits schon in Kraft gesetzt sind, erscheinen geeignet, wesentliche Vorteile für eine beschleunigte Abwicklung des Güterverkehrs herbeizuführen.

Die elsass-lothringische Verfassungsreform.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt unter der Überschrift „Rückblick“ in ihrer Sonntagnummer:

Die gebührende und langwierige Arbeit an der elsass-lothringischen Verfassungsreform hat schließlich eine fastliche Bekehrung für die Vorlage gewonnen. Es ist demnach zu erwarten, daß bei diesem Gesetz, seiner nationalen Bedeutung entsprechend, nicht eine ge-

schlossene Haltung des Reichstages hat erreicht werden können. Dies Bedauern wird auch von der Regierung geteilt.

Der Reichskanzler hat dabei keine Abtugung vor der ersten Überlegung ausgesprochen, von welcher der Widerspruch der konservativen Seite geleitet war, und die sich auch in der sachlichen Form ihrer Opposition ausdrückte. Maßgebend für ihn war in allen Stadien der Beratung, daß im Interesse eines positiven Ergebnisses erforderliche Zugeständnisse im einzelnen nur gemacht werden durften, wenn die großen Grundzüge und der wesentliche Inhalt des Werkes unberührt blieb. Das ist geschehen, und es ist auch nicht zu verkennen, daß die Vorlage im Laufe der Verhandlungen in mehreren Punkten verbessert worden ist. Dahin rechnen wir auch die Einführung von Bundesratsstimmen trotz der das Stimmenverhältnis im Bundesrat gänzlich ungunstigen Preußen verändernden und darum lebhaft angefochtenen Modalität, unter der sie gewährt wurden. Wegen die Befürchtung, daß der preussische Einfluß dadurch verlieren würde, konnte der Reichskanzler auf den traditionellen Verzicht der preussischen Politik für das Reich hinweisen, und es kam nicht übersehen werden, daß der größte Bekämpfer dieser Politik, Fürst Bismarck, schon 1879 die Gewährung von Bundesratsstimmen als ein künftiges wichtiges Mittel der innerlichen Angleichung Elsaß-Lothringens ans Reich bezeichnet hat. Wir glauben daher, daß im ganzen so ein Gesetz zustande gekommen ist, das die Verhältnisse der Reichslande auf eine gesunde Basis stellt und geeignet ist, ihre Verschmelzung mit dem Reiche zu fördern. Der Reichskanzler hat es deutlich bezeichnet, weswegen der Versuch, die Verfassung der Reichslande nach einer langen unfruchtbaren Periode des Stillstandes fortzubilden, nicht mehr aufgeschoben werden durfte: die Verantwortung der Untätigkeit war nicht länger zu tragen. Sache der Elsaß-Lothringer wird es nun sein, die gegebene Form mit Leben auszufüllen.

Deutscher Ostmarkenverein.

Unter Beteiligung von fast 200 Mitgliedern des Hauptvorstands, Ausschusses und der Gruppen trat am Sonnabend in Bosen der Gesamtausschuß des Deutschen Ostmarkenvereins zusammen.

Rittergutsbesitzer Bernuth eröffnete die Sitzung mit einem Hinweis auf die ernste Zeit, in welcher der Ostmarkenverein tagte. Es gebe nur einen Weg, der zum Ziele führe, und das sei das Entschuldigungsgebet. Hierauf erstattete Major v. Liebenmann-Seeheim den Bericht des Hauptvorstands über die Gesamtagung des Vereins und über die Entschuldigungsfrage. — Generalleutnant Haag-Berlin schloß folgendes Telegramm an den Reichskanzler vor: „Ew. Excellenz sendet der zum Deutschen Tag in Bosen versammelte Deutsche Ostmarkenverein ehrerbietigen Gruß. Wir vertrauen auf Ew. Excellenz Zuführung, die nationale Entwicklung der Ostmark fortzuführen und nachhaltig zu fördern, und werden nie nachlassen, auf die Einigkeit der Ostmärker und die tatkräftige Unterstützung der bewährten Ostmarkenpolitik hinzuwirken.“ — Die Ablehnung des Telegramms wurde einstimmig beschlossen. Folgende Resolution gelangte hierauf einstimmig zur Annahme: „Der Gesamtausschuß des Deutschen Ostmarkenvereins erklärt sich mit der Haltung, die der Hauptvorstand in der Entschuldigungsfrage beobachtet hat, in allen Stücken völlig einverstanden, und erwartet, daß die Vereinsleitung, gestützt auf das uneingeschränkte Vertrauen des gesamten Vereins, fortfahren werde, für die Anwendung des Gesetzes vom März 1908 die zur Erhaltung und Fortführung des legendreichen ostmärkischen Ansehenswertes unumgänglich notwendig erscheint, rote bisher kraftvoll einzutreten. Aber nicht nur die Anwendung des Entschuldigungsgebetes ist zurzeit in Frage gestellt, es wird am liebsten auch die Einschränkung der Ansehenswertigkeit als unabhängig und damit in einem Augenblick, wo deren vollständige Folgen sichtbar in die Erscheinung treten, diese große Schatzkammer des Ostmarkenstaates gefährdet. In zweiten patriotischen Kreisen ist die Sorge erwacht, daß es sich um eine neue Wendung in der Behandlung der ganzen Ostmarkenfrage handle. Wohl haben die Führer der nationalen Parteien gegen diese Möglichkeit mit aller Schärfe Verwahrung eingelegt, aber die Besorgnis ist nicht mehr durch bloße Versicherungen, sondern nur auf Grund unabweisbarer Tatsachen zu bannen. Auf diese tatsächlichen Beweise hinzuwirken und damit zur Wiederherstellung des öffentlichen Vertrauens beizutragen, bleibt jetzt die erste Aufgabe des Ostmarkenvereins.“ — Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Im Anschluß an die Tagung des Deutschen Ostmarkenvereins fand heute (Sonntag) in Bosen ein „Deutscher Tag“ unter allgemein starker Beteiligung von deutschen Ansiedlern und Kleinbauern statt. Auf dem Festkommer, der den Tag einleitete, wurde folgende Antwort des Reichskanzlers auf das an ihn gerichtete Begrüßungstelegramm verlesen:

„Dem Ostmarkenverein danke ich bestens für den freundlichen Gruß vom Deutschen Tage in Bosen. Ich freue mich, daß die Ostmärker sich durch die aus der Luft gegriffenen Gerüchte von einem angeblichen Wechsel in der Ostmarkenpolitik der Regierung nicht beirren lassen und gesonnen sind, in Einigkeit und Hand in Hand mit der Regierung auf dem alten Wege fortzuschreiten. Nunquam retrosum! Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg.“

Julius Wagner (Berlin) knüpfte an die Verlesung des Telegramms den Hinweis, daß es ein neues Band sei zwischen der Regierung und dem Ostmarkenverein. Auch auf der Waffensammlung unter freiem Himmel in Anwesenheit von etwa 20000 Deutschen der ganzen Ostmark wurde die Verlesung dieses Telegramms mit jubelndem Beifall aufgenommen.

— Die in Berlin am 27. Mai ausgegebene Nr. 28 des Reichs-Gesetzblattes enthält: Bekanntmachung vom 17. Mai 1911, betreffend den Notenwechsel zwischen dem Kaiserl. Gesandten in Athen und dem Königl. Griechischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten vom 24. Februar 1911 über die Zollbehandlung der von Handlungsbüchern mitgeführten Warenmuster, sowie Bekanntmachung vom 19. Mai 1911, betreffend die dem Internationalen Abkommen über den Eisenbahnverkehr beigefügte Liste.

11. Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins.

Nürnberg, 28. Mai. Die 11. Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins wurde heute von dem Präsidenten, Großadmiral v. Roeder, mit einem Hoch auf Sr. Majestät den Kaiser, die Bundesfürsten und Landesherren eröffnet. An den Kaiser, an den Prinz-Regenten von Bayern und den Prinzen Heinrich von Preußen wurden Glückwünschtelegramme abgelesen.

Prinz Georg von Bayern führte dann in einer Rede aus, er habe das Protektorat über den bayerischen Landesverband mit aufrichtiger Freude übernommen in der Voraussetzung, daß der Verein sein wahres Ziel unbeeinträchtigt verfolgen werde, undbäumert um Parteilichkeit dafür Sorge zu tragen, daß die Auffassung und

Belehrung über den Zweck und den Wert einer starken deutschen Flotte immer weiter um sich greife.

Sodann verbreitete sich Großadmiral v. Roeder in längerer Rede über die deutschen Seekreitkräfte und führte dabei etwa folgendes aus:

Mit Stolz können wir auf die leistungsfähigen Fortschritte unserer Flotte blicken; ohne Überstolzung entwickelt sie sich in ruhigem und gemessenem Gange weiter, besetzt von dem Geiste strebigen Schaffens. Wir verfügen jetzt über eine volle Division von gleichwertigen Schiffen des „Dreadnought“-Typus, und auch der erste wirklich vollwertige Panzerkreuzer „v. d. Tann“ ist heimgekehrt, um der heimischen Hochseeflotte eingereiht zu werden. Durch den jetzigen Etat 1911 ist das letzte — 17. — Schiff der Hochseeflotte bewilligt worden, so daß wir zum Herbst dieses Jahres mit dem Linienflottenbestand der aktiven Hochseeflotte zum organisatorischen Abschluß kommen werden, während dies in bezug auf die Panzerkreuzer leider noch nicht der Fall ist. Die Zahl unserer Torpedoboote meht sich, unter gleichzeitiger Zunahme ihrer Geschwindigkeit, in erfreulicher Weise, und im Herbst des vorigen Jahres ist die erste Unterbootsflotte geschaffen worden.

Der Großadmiral ging dann auf die einzelnen Fortschritte unserer Marine ein und betonte, England verfolge über rund 40 Panzerkreuzer, von denen 29 eine Geschwindigkeit von 28 Seemeilen und mehr aufweisen, während der langsamste unter ihnen mit 21,7 Seemeilen Geschwindigkeit bei uns an fünfter Stelle stehen würde. An der durch das Flottengesetz festgelegten Zahl von 20 Panzerkreuzern könne man noch festhalten trotz der geringeren Bedeutung, welche die Hilfskreuzer heute haben, aber unter der Voraussetzung, daß sie ihrem Verwendungszweck auch voll entsprechen. Dies sei bei der größeren Zahl der Schiffe dieser Klasse nachgewiesenenmaßen aber nicht der Fall.

Der Redner schloß: „Unter Reichskanzler hat kürzlich zu der Friedens- und Schiedsgerichtsfrage klar und deutlich dahin Stellung genommen, daß nach der unauflösbaren Grundbedingung des menschlichen Lebens die erste Bedingung des Friedens die Stärke sei. Wir können dieser Anschauung unbedingt zu. Es mögen durch Schiedsgerichtsverträge manche Differenzen ausgeglichen werden können, unmöglich ist es aber, durch sie weltliche Lebensfragen der Völker zu entscheiden. Hier kann nur die Schärfe des Schwertes gelten. Lassen Sie uns deshalb als weitblickende Männer, die sich der Segnungen des Friedens weiter erfreuen möchten, unser Bestreben dahin richten, daß wir, der Bedeutung unserer Seemächte entsprechend, in unserer Rüstung zur See unter den europäischen Mächten nicht als „beste Zweite“ dastehen möchten. Daß wir bescheiden in unseren Forderungen sind und auch auf die finanzielle Leistungsfähigkeit des Vaterlandes wohl Rücksicht zu nehmen wissen, mögen Sie aus dem Vergleich unserer Forderungen mit denen anderer Flottenvereine entnehmen, die Rüstungen fordern, die allen denkbaren und möglichen Kombinationen fremder Nationen gewachsen sind, während wir nur wünschen, daß das Baujahr im Jahre 1912 nicht von vier auf zwei, sondern von vier auf drei Panzerschiffe herabgesetzt und damit der Zustand erreicht werde, der nach den Bestimmungen des Flottengesetzes zur regelmäßigen Erneuerung der Flotte erforderlich ist, und daß so die Möglichkeit gegeben wird, das in so hohem Maße bedeutsame Mißverhältnis zwischen unserer Schlachtflotte und ihren Großen Kreuzern in absehbarer Zeit zu beseitigen.“

Der Vorschlag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Sch. Hofrat Prof. Dr. Frhr. v. Stengel sprach hierauf über die Bedeutung des Seerechts in der Gegenwart. Er gelangte zu folgenden Sätzen:

Ausschlaggebend für die Entscheidung der Streitfrage ist die Erwägung, daß das Ziel des Krieges die völlige Niederwerfung des Gegners ist. Dieser Grundgedanke findet im Völkerrecht seinen Ausdruck in dem Bestreben, die Streitkräfte des Gegners zu beseitigen. Dem Sieger in der Schlacht fallen aber ganz von selbst noch weitere Vorteile, insbesondere territorialer Natur zu, die eine Menge staatlichen und privaten Besitzes umfassen. Gegenüber dem Druck, der im Landrecht durch die Beilegung feindlichen Gebietes gegeben ist, erreicht ein Sieg im Seekriege verhältnismäßig bedeutungslos, wenn durch Ausübung des Seerechts die Möglichkeit genommen ist, denselben dem besiegten Staate gehörig sichtbar zu machen. Es ist auch auf absehbare Zeit an eine Abschaffung des Seerechts nicht zu denken, zumal England trotz der neuerdings sich geltend machenden Bewegung für die Unverletzlichkeit des Privateigentums im Seekriege auf ein berattiges Mittel, anderen Staaten seine Überlegenheit zur See zu zeigen, nicht verzichten wird.

Sodann erstattete Konteradmiral Weber, der geschäftsführende Vorsitzende, den Jahresbericht, aus dem die Werbestaft des Vereins sich ergibt.

Dann wurde dem geschäftsführenden Vorsitzenden und dem Hauptgeschäftsmesser Entlassung erteilt, der Vorschlag für das nächste Jahr genehmigt und der Rechnungsbericht des Kuratoriums für den China- und Südwestafrikafonds erstattet. — Zum Ort der nächsten Tagung wurde Weimar gewählt.

Ausland.

Das Befinden des Kaisers Franz Joseph.

Widdlis, 28. Mai. Der König wollte heute früh der Messe bei und machte sodann einen längeren Spaziergang im Parke. Das Befinden Sr. Majestät ist vortrefflich.

Wien, 28. Mai. Die „Korrespondenz Wilhelm“ meldet: Die Änderung des Witterungscharakters hat auf das Befinden des Kaisers die allergnädigste Wirkung ausgeübt. Nach einer Reibung aus Widdlis hat der Aufenthalt im Freien dem Monarchen sehr wohlgetan. Die katarthaischen Erscheinungen nehmen zusehends ab und in absehbarer Zeit ist ein völliges Verschwinden des Katarths zu erwarten. Mit dem 1. Juni, an dem der Kaiser in Wien eintrifft, beginnt für kurze Zeit der Aufenthalt in Schönbrunn. Von der Witterung wird es abhängen, wie lange der Monarch in Schönbrunn bleiben wird. Man nimmt an, daß der Kaiser noch in der ersten Woche des Juni nach Lainz zu mehrwöchigem Aufenthalt überfiedeln wird, um dort ausschließlich seiner Erholung zu leben. Aus diesem Grunde wird der Empfang der Deputation seines 18. bayerischen Infanterieregiments, die dem Kaiser aus Anlaß seines 60jährigen Inhabersjubiläums ein Ehrengelehen überreichen sollte, sowie der Empfang des Obersten Frhrn. Kaij v. Frenn, des neuen Kommandanten des preussischen Kaiser Franz Garde-Grenadierregiments Nr. 2 verschoben. Ob diese Empfänge noch vor Beginn des Aufenthalts in Lainz oder erst im Herbst nach der Rückkehr von Lainz stattfinden werden, steht noch dahin und hängt von dem Charakter der Witterung ab.

Das Befinden des Papstes.

Rom, 28. Mai. Der „Osservatore Romano“ erklärt ganz entschieden das von mehreren Zeitungen verbreitete Gerücht von einem Ohnmachtsanfall, den der Papst